Massenmörder und Terroristen

Es sind meistens die Großen, die einen Krieg anzetteln, und es ist immer der Schütze A., der ihn dann in seinem Blut ausbaden muß. Den anonymen Arbeiter, den kleinen Angestellten oder Bauern steckt man in die Uniform und schickt man an die Front. Der Waffenfabrikant hingegen, der die Kanonen gießen läßt, hat noch nie den Heldentod gefunden. Und auch die Sterblichkeit von Generalen hält sich in Grenzen; es sei denn, daß dem Koch des Offizierskasinos ein roter oder gelber Täubling in die Schwammerlsuppe rutscht.

Auch jene Berufsoffiziere, die noch nicht im Generalsrang sind und deshalb mitunter selber Schmutzarbeit verrichten müssen, haben gegenüber dem gemeinen Mann ungleich größere Überlebenschancen. Während man im Kriegsfall den zwangsverpflichteten Rekruten schon wegen geringfügiger Vergehen an die Wand stellt, genießt der hauptberufliche Söldner sogar als Massenmörder Privilegien. Wie der SS-Obersturmbannführer Kappler, dem das italienische Militärgericht den Mord an 330 Zivilisten großmütig verzieh. Ausrede: Befehlsnotstand. Eingelocht wurde Kappler nur deshalb, weil er mit deutscher Gründlichkeit um fünf Menschen mehr als befohlen, also insgesamt 335, durch Genickschuß erledigte. Und als der Berufskiller im August 1977 aus seinem italienischen Gefängnis-Sanatorium heim ins Reich entfleuchte, da entrang sich auch höchsten Spitzen österreichischer Politik und Journalistik ein Seufzer der Erleichterung, und der Leichenberg aus den Ardeatinischen Höhlen schmolz zum Kavaliersdelikt. (*Kurier:* „Fahrlässige Tötung".)

Umso empörter verurteilten dieselben Politiker und Zeitungen jene RAF-Anarchisten, welche am 5. September den deutschen Industriegeneral Schleyer entführten und dabei vier ihn bewachende Revolvermänner erschossen. Trotz Panikmache (‚Wir befinden uns in einem Krieg!') und Meinungseinfalt von ORF, *Kurier* und *Kronen-Zeitung* scheint jedoch ein Teil des gemeinen Volks den feinen Unterschied zwischen verzeihlichem und unverzeihlichem Mord noch nicht begriffen zu haben. Grund genug





für Österreichs allerunabhängigste Tageszeitung, den Meinungsmonopol-Abweichlern niedrige Beweggründe zu unterstellen: sie „freuen sich klammheimlich, daß es dieses häßliche Kapitalistenmonster Schleyer erwischt hat".

Die Tatsache, daß jüngst nicht nur gewöhnliche Sterbliche, sondern mitunter auch so große Bosse wie Buback, Ponto oder Schleyer ins Schußfeld gerieten, mag oberflächlich betrachtet zwar den Eindruck ausgleichender Gerechtigkeit erwecken; erfreulich ist sie dennoch nicht. Auch nicht für klassenbewußte Arbeiter. Weil wir aus Erfahrung wissen, daß die Attentate politisch isolierter Wirrköpfe noch nie der Arbeiterschaft genützt haben. Das kapitalistische Regime kann den Ausfall einiger Generale nämlich ohne weiteres verkraften, genauso wie die Regimes der Jahrhundertwende ihre von Anarchisten beseitigten Repräsentanten überlebt haben: den französischen Staatspräsidenten Carnot, den US-Präsidenten McKinley, den König von Italien, den spanischen Ministerpräsidenten und die Kaiserin Elisabeth von Österreich.

Die Revolution spielenden RAF-Mitglieder rekrutieren sich bekanntlich durchwegs aus Kleinbürgerssöhnen und -töchtern, und trotz marxistischer Lippenbekenntnisse handeln sie auch wie solche. Mit ihrem Kleinbürgerkrieg liefern sie den Machthabern nur den Vorwand zur moralischen Aufrüstung.

Seit Schleyers Entführung werben die Massenmedien Westdeutschlands und ihre österreichischen Wurmfortsätze ziemlich unverhohlen für die Wiedereinführung der Todesstrafe „für Terroristen", die Einschränkung demokratischer Freiheiten zugunsten der Polizei und den Einsatz des Militärs. (Die Aufrüstung paramilitärischer „Werkschutz"-Gorillas wird von fixen Unternehmern schon seit langem und auch ohne den Segen massenmedialer Vorbeter vorangetrieben.)

Dem kapitalistischen Staat kämen law-and-orderliche Vorbeugemaßnahmen sehr gelegen, denn dank der schwelenden Wirtschaftskrise könnten ihm schon sehr bald viele Arbeitslose und Lohn- und Streikkämpfe ins Haus stehen. Und dann ließen sich die Terroristen und die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter leichter in einen Topf werfen.

G. Hapeh ●

„Für die Volksmacht." Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl; alle 1200 Wien, Universumstraße 40/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 134, September 1977

Wien wird ein Spektakel erleben, wie es die Bundeshauptstadt noch nie erlebt hat. So kündigten die Kapitalistenbosse im ÖVP-Wirtschaftsbund an. Und gemeint war damit die Demonstration der Unternehmer gegen den Entwurf für ein „Abgabenänderungsgesetz", das Androsch vorgelegt hat. Die Auffahrt von rund 1.000 PKWs und Kombis soll die Absicht der Unternehmer bekunden, nicht einmal die Abschaffung von Mißbräuchen ihrer Steuerprivilegien zu dulden.

Wie ist das? Seit Jahren wälzen die Kapitalisten durch Parlament und Regierung alle Lasten der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die arbeitenden Menschen ab. Mit der Begründung, daß dadurch die Vollbeschäftigung gesichert werde, wurden den Arbeitern, allen Werktätigen, Preis-, Tarif- und Steuererhöhungen noch und noch aufgehalst. Die sogenannten



Lohnrunden decken bestenfalls nominell die amtliche Inflationsrate. Aber die Lohnsteuerprogression hat die Abzüge vom Lohn so ungeheuer ansteigen lassen, daß netto der Lohn des Arbeiters heute weniger wert ist als früher. Das alles, damit in der Krise die Gewinne der Kapitalisten nicht geschmälert werden.

Steuergeschenke an die Unternehmer, Subventionen, billige Kredite, fette Staatsaufträge für die Kapitalisten kosten Geld. Trotz der ungeheuren Staatsausplünderung der arbeitenden Menschen durch den Finanzminister kommt aber weniger Geld herein als geplant. Und warum? Weil die Unternehmer trotz ihrer Steuerprivilegien nicht einmal die wenigen Steuern zahlen, die sie müßten.

➡

Indem die Kapitalisten mittels Scheinfirmen im Ausland ihre Gewinne verschieben; indem sie die Gewinne durch buchhalterische Kunststücke ihrer Steuerberater weit kleiner machen als sie wirklich sind; indem die Kapitalisten unter Titeln wie „Abfertigungsrücklagen", „Pensionsrücklagen" usw. einen Teil ihrer Gewinne der Besteuerung entziehen; und letztlich auch indem sie den Kauf ihrer Privatautos als Betriebsausgaben maskieren und dadurch von der Steuer herausnehmen, treiben sie einen ungeheuren Mißbrauch mit den Steuerprivilegien, die sie ohnedies in unserem Land genießen.

Nichts anderes als das hat Kreisky in einem Interview angedeutet — sowieso nur zum Teil. Mit seinem Gesetzesentwurf gibt Androsch vor, einen Teil dieser Mißbräuche abzustellen. Es ist absolut keine Rede davon, den Unternehmern ihre Privilegien zu nehmen, geschweige denn, ihnen neue Steuern aufzuerlegen. Trotzdem laufen die Kapitalisten dagegen Sturm, rufen sie zu einer Demonstration auf und proben den Aufstand.

Das ist eine ungeheure Herausforderung der arbeitenden Menschen, die mehr als zwei Drittel der Budgeteingänge aufbringen! Das schlägt dem Faß den Boden aus! Klipp und klar geben die Kapitalisten damit kund, daß nur die arbeitenden Menschen, nur sie für die kapitalistische Krise aufkommen müssen, und das immer mehr, weil die Kapitalisten das Loch im Budget immer größer reißen.

Benya und Kreisky haben zu verstehen gegeben, daß die Arbeiter sich das nicht gefallen lassen würden. Es ist tatsächlich an der Zeit, daß die Arbeiter auf die Herausforderung durch die Unternehmer antworten und ihren eigenen, berechtigten Forderungen laut und vernehmlich Geltung verschaffen!

Schluß mit den verbrecherischen Steuerhinterziehungen, Steuerhinterzieher hinter Schloß und Riegel!

Schluß mit den Abschreibungen von privaten Luxuslimousinen durch die Unternehmer, Generaldirektoren und sonstigen Top-Manager!

Schluß mit den Steuergeschenken für die Kapitalisten!

Rascheste Durchführung der Lohnsteuersenkung!

Gegen die Offensive der Kapitalisten! Für die Interessen der arbeitenden Menschen!

Ein Jahr nach dem Tod Maos

Vor einem Jahr, am 9. September 1976, ist Genosse Mao Tsetung gestorben. Heute, ein Jahr danach, erleben wir den von uns vorausgesagten Angriff der kapitalistischen Meinungsmacher auf die Maotsetungideen — und damit auf den wissenschaftlichen Sozialismus — in voller Stärke. Massives Material dafür liefern ihnen die neuen Machthaber in China, die in der Heimat Mao Tsetungs selbst dessen Ideen bekämpfen und vorübergehend die Macht an sich gerissen haben. Massives Material dafür liefern auch solche Leute in Österreich und anderen Ländern, die sich selbst „Revolutionäre" nennen, tatsächlich aber nie den Marxismus begriffen haben und mit ihrer lautstarken Fehlinterpretation des wissenschaftlichen Sozialismus und mit ihrer Praxis den arbeitenden Menschen stets nur ein abschreckendes Beispiel geliefert haben und nicht imstande sind, die Perspektiven der sozialistischen Revolution aufzuzeigen.

Das Ableben Mao Tsetungs schien den Kapitalisten aller Schattierungen ein günstiger Moment, ihre Angriffe gegen das geistige Rüstzeug der arbeitenden Menschheit im Kampf um eine menschenwürdige Zukunft — den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen — vorzutragen. Die Entwicklung in China selbst scheint sie dabei zu begünstigen. Woran sich die kapitalistischen Machthaber klammern, ist aber ein Trugbild. Mao selbst hat immer auf die Windungen und Wendungen und die Langwierigkeit des revolutionären Kampfes hingewiesen. Gleichzeitig hat er aber die Hauptttendenz unserer Zeit zusammengefaßt in dem Ausspruch: „Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen ihre Befreiung und die Völker die Revolution". Die revolutionäre Tendenz ist zur Hauptströmung unserer Zeit geworden.



Maos Tod hat den wirklichen Revolutionären eine große Verantwortung auferlegt. Wir müssen Marxismus, Leninismus, Maotsetungideen jetzt ohne unseren großen Lehrer gründlichst studieren und auf die konkrete Situation anwenden. Dann besitzen wir eine unbezwingbare Waffe im Klassenkampf.



Innsbrucker Mütter wehren sich

Seit einigen Monaten gibt es in Innsbruck ein Aktionskomitee „Öffnung der städtischen Kindergärten über Mittag". In diesem Komitee haben sich Frauen organisiert, die mit der Kindergartensituation unzufrieden sind. Sie haben erkannt, daß sie selbst die Initiative ergreifen müssen, wenn sich die Situation verbessern soll.

Durch die Öffnungszeiten der Kindergärten in Innsbruck (8 Uhr bis 11.30 Uhr und 14 Uhr bis 16.45 Uhr) sind besonders berufstätige Mütter schwer benachteiligt. Ihnen ist nicht möglich, die Kinder zu diesen Zeiten ohne Mithilfe von Verwandten oder Bekannten hinzubringen bzw. abzuholen. So ist es kein Wunder, daß nur 900 berufstätige Mütter ihre Kinder in den Kindergarten schicken können. Die Anzahl der berufstätigen Mütter in Innsbruck ist jedoch weit höher.

An die Bedürfnisse berufstätiger Mütter angepaßte Öffnungszeiten sind in anderen Städten Österreichs bereits eine Selbstverständlichkeit, wenn es auch dort an anderen Dingen im Kindergartenwesen mangelt. Im „heiligen Land Tirol" herrscht aber scheinbar bei den zuständigen Politikern noch mehr als anderswo die Meinung vor, daß die Frau an den Herd gehört, weshalb es den berufstätigen Frauen noch schwerer als anderenorts gemacht wird.

Da das Aktionskomitee innerhalb kürzester Zeit mehr als 2000 Unterschriften gesammelt hatte, bequemten sich die Politiker dazu, ein „Zuckerl" herauszurücken. Jetzt sind die Kindergärten von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr geöffnet. Als aber nur wenige Mütter von diesem „Angebot" Gebrauch machten, hieß es gleich, daß ohnehin kein Bedarf vorhanden sei. Das geringe Interesse für diese Neuregelung hat allerdings andere Ursachen: Die Anmeldefrist betrug nur eine Woche, sodaß viele Mütter innerhalb dieser kurzen Zeit nicht umdisponieren konnten. Viele wußten außerdem noch gar nichts von dieser Regelung. Der Hauptgrund aber ist sicher, daß diese „Neuregelung" nach wie vor unzulänglich ist und berufstätige Mütter weiterhin die Hilfe von Drittpersonen in Anspruch nehmen müssen.

Bedauerlich ist dabei, daß die berechtigten Anliegen der Mütter von den Kindergärtnerinnen nicht unterstützt wurden. Das liegt einmal daran, daß die Kindergärtnerinnen in ihrer Ausbildung einem sehr starken konservativen Druck ausgesetzt sind. Sie sehen deshalb die Berufstätigkeit der Frau noch nicht als eine ökonomische Notwendigkeit für viele Familien oder als notwendigen Schritt zur Emanzipation der Frau, weg vom häuslichen Sklavendasein. Sie sehen darin mehr ein „Luxusbedürfnis" und „Kinderfeindlichkeit". Das ist auch kein Wunder. Die Kindergärtnerinnen werden nicht dazu ausgebildet, dem Volke zu dienen. Sie sollen vielmehr dafür sorgen, daß bereits über die Kinder die bürgerlich-staatliche Kontrolle ausgeübt wird. Das äußert sich vor allem darin, daß sie die alten Erziehungsinhalte weitervermitteln sollen. Dabei geht es um „Ruhe und Ordnung", um religiöse und reaktionäre Ideen — schlicht darum, die Anpassung an die bestehende Gesellschaftsordnung sicherzustellen, zu deren Erhaltung willfährige, ihrer Kreativität beraubte Menschen notwendig sind.

Ein anderer Grund für das Verhalten der Kindergärtnerinnen liegt sicher darin, daß sie sich vor zusätzlicher Arbeitsbelastung fürchten. Sie erkennen noch nicht, daß sie zusammen mit den betroffenen Müttern ja auch für die Einstellung von zusätzlichen Kindergärtnerinnen eintreten könnten.

Mittlerweile hat das Aktionskomitee seine Forderungen an die Stadt Innsbruck präzisiert:

- Innsbrucks Kindergärten müssen über Mittag geöffnet werden (mindestens eine Gruppe pro Kindergarten). Diese Änderung darf nicht auf Kosten der Kindergärtnerinnen gehen. Deshalb sind Neueinstellungen erforderlich.
- Die Gruppen müssen auf höchstens 20 Kinder verkleinert werden (zur Zeit sind es bis zu 40 Kinder — sowohl für die Kindergärtnerinnen als auch für die Kinder eine Qual).
- In jedem Stadtteil muß ein Kindergarten über die Ferien geöffnet bleiben.
- Mitspracherecht der Eltern.

Für die Durchsetzung dieser Forderungen ist beharrlicher Einsatz notwendig. Die Innsbrucker Politiker haben nicht das geringste Interesse, die unerträgliche Kindergartensituation zu ändern. Dazu ein Detail: Im Juli suchten 150 Kindergärtnerinnen um eine Stelle an — ganze 15 haben einen Arbeitsplatz erhalten. Damit wird gerade der natürliche Abgang wegen Pensionierung, Karenzjahr usw. gedeckt.

Die Innsbrucker Politiker brauchen unsere Steuergelder für andere Dinge. Die Schulden, die die Olympischen Spiele hinterlassen haben, müssen jetzt zurückgezahlt werden. Und Geld braucht man auch, damit man die Profitgier der Baukapitalisten befriedigen kann, die sich am Bau von menschenunwürdigen „Sozialwohnungen" und von Schnellstraßen mitten durch Wohngebiete an den von uns zu zahlenden Steuern fettmästen.

Diese Art der „Kommunalpolitik" ist freilich eine allgemeine Erscheinung in einem Land, in dem bürokratische und private Kapitalisten den Ton angeben. Deshalb ist es richtig, wenn sich die berufstätigen Mütter nicht mehr auf die Versprechungen dieser Leute verlassen, sondern für ihre Interessen selbst eintreten.





Innsbrucker Tivolibad:

Ruhe und Erholung oder „Recht und Ordnung"?

Die wenigen Glücklichen, die im bei schönem Wetter meist überfüllten Freischwimmbad Tivoli noch einen Schlummer einlegen können, werden mindestens jede Stunde daraus hochgerissen: Da erschallt es in Überlautstärke und an den Kommandoton des Dritten Reiches erinnernd aus den Lautsprechern: „Für Sie wurden Warmwasserduschen errichtet..." und „Alle Personen müssen aus hygienischen Gründen eine Badehaube tragen" oder: „Das Hineinspringen von den Längsseiten ist verboten", „Das Ballspielen ist verboten". Verboten, verboten, verboten – und als Draufgabe zum Schluß: „Vor Dieben wird gewarnt!".

Jeder Tivolibesucher kennt diese Sprüche zur Genüge. Da ist alles beisammen: Zuerst das Zuckerl mit den Warmwasserduschen, das keines ist. Man muß nämlich fünf Schilling extra zahlen dafür, daß man vier Minuten lang warmes Wasser hat. Darauf pfeift, wenn viele Leute angestellt sind, sowieso jeder. Man müßte meinen, daß in den heuer schon wieder von 15 auf astronomische 17 Schilling erhöhten Eintrittspreisen solche kleine Verbesserungen wie Warmwasserduschen enthalten sein müßten. Aber nein, Extrazahlung!

Massenhaft Verbote

Vor lauter Verboten braucht es immer mehr Leute, um diese zu überwachen. Die Bademeister werden zu Badehaubenkontrolloren degradiert. Das Personal, das bei der Reinigung der verhaarten Filter eingespart werden könnte, braucht es zur Überwachung der Verbote. Wie überhaupt die Stadt Innsbruck als Besitzerin des Tivoli Meister im Personaleinsparen am falschen Platze ist. Vor lauter Verbotsüberwachung fehlt scheinbar das Personal zur Reinigung des Bades. Denn da sieht man die in Österreich seit 70 Jahren verbotene Kinderarbeit neue Blüten treiben. Für eine Freikarte werden kleine Kinder mit großen Handwagen ausgeschickt, um Papier und Unrat zu sammeln. Und erst nach Stunden, wenn der Wagen voll ist, gibt es die Freikarte. Für Personal zur Reinhaltung des Bades werden also die hohen Eintrittspreise, die zu zahlen sind, nicht ausgegeben.

„Vor Dieben wird gewarnt"

„Haltet den Dieb!" schreien die Verbotsdurchsager, wenn einige Buben aus falsch verstandener Gaudi ein Sonnenöl mitgehen lassen. Aber: „Wer anderen in die Nase bohrt, ist selbst ein Schwein", heißt es im Volksmund. Oder ist es vielleicht Menschenliebe, wenn das Freischwimmbad Tivoli und damit die Stadt Innsbruck einem Werktätigen, der in der Mittagspause von 13 bis 15 Uhr kurz schwimmen gehen will, gleich 17 Schilling abknöpft?

Eine Familie mit zwei Kindern zahlt satte 64 Schilling, wenn sie eine Kabine benützen will. Und das in einem völlig überfüllten Schwimmbad, wo vor lauter Verboten kaum noch etwas erlaubt ist, außerm Zahlen!

Trostlose Bädersituation

Wer glaubt, die Stadt würde wenigstens diese Gelder für den Bau weiterer Badeanlagen verwenden, der hat sich getäuscht. Die Höttinger Au wurde zugesperrt – eine Baugesellschaft bekam einen Millionenauftrag und jetzt steht auf dem ehemaligen Badegelände eine unfertige Neubauruine als Mahnmal für die Dummheit jener, die sie schufen. Auch das so schön gelegene Bad Schönruh ließ man verfallen; Büchsenhausen ist ebenfalls seit Jahren aufgelassen; der Herzsee wurde zum privaten Fischteich und der Lansersee ist am Vergammeln, sodaß es nur mehr eine Frage der Zeit ist, bis auch er zum Baden nicht mehr geeignet ist. Die Innsbrucker müssen in den Baggersee in der Reichenau oder in die kleine Innau bei Kranebitten flüchten, welche der profitablen Inn-Kanalisierung entronnen ist. Dort werden die Badenden zur Zeit noch geduldet, bis es der Stadt einfällt, auch an diesen Orten horrende Eintrittspreise und Verbotsdurchsager zu schaffen.

So sieht das Image der „Olympiastadt" Innsbruck im Sommer aus!

Jetzt, vor den Gemeinderatswahlen, übertreffen sich die eingesessenen Parteien wieder in Versprechungen von Verbesserungen auch auf dem Bädersektor. Genauso wie bei den Wahlen vor sechs Jahren. Und nach den Wahlen verschleudern sie weiter unsere Steuer- und Eintrittsgelder für Bobbahnen, Durchzugsstraßen in dichtbesiedelten Wohngebieten, Stadtverschandelung à la Holiday Inn, Generalverkehrsplan zum Ärger aller Einwohner und für sündteure Wohnungen wie im Olympischen Dorf.

„Vor Dieben wird gewarnt", kann man da nur sagen, und mit allen Unzufriedenen gemeinsam ohne Gängelung durch Parteien und staatliche oder bürokratische Institutionen den Kampf gegen diese Mißstände aufnehmen.

*

Ein Flugblatt mit obigen Inhalt verteilten VRA-Aktivisten vor dem Innsbrucker Tivolibad. „Ja, das lese ich schon", sagten die meisten Leute, die zuerst keines nehmen wollten, als wir ihnen erklärten, daß es sich um die Schwimmbadmisere in Innsbruck handelt. Auch der Bäderverantwortliche der Stadt Innsbruck erschien bereits eine Viertelstunde, nachdem wir mit der Verteilung begonnen hatten. Er wand sich wie ein Aal: Er sehe schon ein, daß die Leute Erholung wünschen. Deshalb habe er auch sofort die Einstellung der Verbotsdurchsagen veranlaßt. Und weiter: Man hätte sich doch mit ihm arrangieren und persönlich bei ihm wegen der aufgezeigten Mißstände vorsprechen können. Darauf erteilte unser Flugzettelverteiler die entsprechende Antwort: „Ohne daß die Schwimmbadbesucher alles erfahren und sich aufregen, geschieht gar nichts."

So kamen einige Leute extra in der Badehose zu uns zum Eingang heraus und sagten, wie richtig und wichtig es ist, endlich einmal etwas gegen die Bädermisere in Innsbruck zu unternehmen. In der Tat sah man an diesem Tag und den folgenden nicht mehr Kinder, sondern Männer und Frauen mit den grünen Arbeitsmänteln der Tivoliangestellten Papierln klauben und Mistkübel ausleeren.

Freilich, um der Bädermisere insgesamt an den Leib zu rücken, braucht es noch viel mehr und viel größerer Anstrengungen von vielen Innsbruckern. Selbständiger, gemeinsamer Anstrengungen ohne Gängelung durch Politiker. Und das nicht nur allein zur Behebung der Bädermisere, sondern in allen Lebensbereichen, in denen wir nach den Vorstellungen der Herren da oben nichts anderes als profitbringende Melkkühe sein sollen. •

S 1,50

Drucksache

VRA ★

Höttingergasse 11
6020 Innsbruck

Rechenaufgabe

Ein Arbeiter mit zwei Kindern verdient monatlich sechstausend Schilling. Sein Chef verdient im Monat fünfzehnmal soviel.

Wie viele Kinder hat der Chef?

Lichtbildervortrag über China in Innsbruck

Am 26. August veranstaltete die Landesgruppe in Innsbruck den Dia-Vortrag „Der Machtantritt Deng Hsiao-pings – Geht China den russischen Weg?".

Trotz der Urlaubszeit konnten 15 Teilnehmer begrüßt werden. Im Referat versuchten wir herauszuarbeiten, warum in China die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft noch nicht abgeschlossen war, warum die Kulturrevolution notwendig war, welche bedeutenden Neuerungen sie mit sich brachte und daß sich der Urheber des „Windes von rechts", Deng, schon immer gegen die neuen sozialistischen Elemente der Kulturrevolution gestellt hat.

Ferner wiesen wir auf die in der „Peking Rundschau" seit dem Machtantritt von Hua und Deng auftretenden Tendenzen zur Förderung des Primats der Ökonomie; auf den Gegensatz zwischen der von Genossen Mao vertretenen Linie der Volksbewaffnung und der nunmehrigen Forderung nach modernen Waffen für die Armee; auf die geänderten Zielsetzungen beim Sport (früher Körperertüchtigung und Freundschaft – heute Wettkampf mit Spitzenleistung) und im Kultur- und Erziehungsbereich hin.

In der anschließenden Diskussion vertraten auch die anwesenden Sympathisanten der VRA den Standpunkt, daß die neuen Machthaber in China nicht die Linie Mao Tsetungs fortsetzen.

Obwohl nicht eingeladen, erschienen zu unserer Veranstaltung auch einige Vertreter des KBÖ. Sie vertraten die Auffassung, daß der neue Kurs in China voll der Linie Maos entspräche bzw. dieser erst den Durchbruch ermöglichte.

Zahlreiche Gespräche mit Sympathisanten unserer Organisation – aber auch mit völlig „unpolitischen" Menschen – haben uns gezeigt, daß der KBÖ mit seiner Auffassung ziemlich isoliert dasteht. •

Ab Oktober eröffnen wir in unserem Organisationslokal – Innsbruck, Höttingerstraße 11 – eine Leihbibliothek mit Literaturvertrieb. Zur Auswahl stehen Klassiker des Marxismus-Leninismus und fortschrittliche Romane und Bücher aus China, welche vor dem Tode Mao Tsetungs erschienen sind. Die genauen Öffnungszeiten werden noch bekanntgegeben. •

Auf Chruschtschows Spuren

„Materieller Anreiz", „Leistungslohn" usw. waren Schlagworte, mit denen Chruschtschow die allseitige Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion propagierte. Die heutigen Machthaber in China machen das gleiche, sie wandeln auf Chruschtschows Spuren.

„Unser Land praktiziert gegenwärtig ein Warensystem, und auch das Lohnsystem ist noch ungleich, es gibt ein Lohnsystem von acht Stufen usw. Diese können unter der Diktatur des Proletariats nur eingeschränkt werden, deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr marxistisch-leninistische Werke lesen."

Mit diesen Worten hat Mao Tsetung ein weiteres Mal darauf hingewiesen, daß im Sozialismus jederzeit die Gefahr der Wiederherstellung der alten Ausbeutergesellschaft besteht.

Das ist nicht nur deshalb so, weil die gestürzten Ausbeuter noch leben und natürlich versuchen, ihr verlorenes Paradies wiederherzustellen. Geistig, aber auch ökonomisch erbt die sozialistische Gesellschaft vom Kapitalismus viele negative Dinge, die die Ursache für Fortbestehen und sogar Neuaufkommen einer Ausbeuterklasse darstellen: Noch immer gibt es den Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit, gibt es ein ungleiches Lohnsystem und eine Entlohnung nach der Leistung und noch nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. Noch immer zeigt sich in einer ganzen Reihe von Gewohnheiten und Verhaltensweisen der Egoismus der kapitalistischen Gesellschaft.

Mao Tsetung hat in den letzten Jahren seines Lebens immer wieder davor gewarnt, daß auf der Basis dieser Überreste der alten Gesellschaft auch bei einem Teil des Proletariats und einem Teil der Parteimitglieder Kapitalismus und Bourgeoisie entstehen: „Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staats- und anderen Organe gibt es Leute, die einen bürgerlichen Lebensstil annehmen." Und er wies nachdrücklich darauf hin: „Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch."

Der Klassenkampf ist also durch die Eroberung der politischen Macht durch die arbeitenden Menschen noch nicht zu Ende, sondern die sozialistische Revolution muß weitergeführt werden. Das Ziel der sozialistischen Revolution ist die Beseitigung der Klassen und der Klassenunterschiede. Das ist aber nur möglich, wenn sich die arbeitenden Menschen den Marxismus aneignen, um ihn als Prüfstein für die Ehrlichkeit ihrer Führer gebrauchen und ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen zu können. Das ist nur möglich, wenn die Arbeiter wirklich in allem die Führung übernehmen und alle geistigen und wirtschaftlichen Überreste des Kapitalismus restlos beseitigen. Mao Tsetung hat das nicht nur theoretisch begründet, sondern vor allem in der Kulturrevolution praktisch den Weg gewiesen, wie die Arbeiter tatsächlich die Macht ausüben und bewahren können.

Was aber wird in China heute praktiziert? Da heißt es z. B. in der „Peking Rundschau" Nr. 18/1977 auf Seite 24:

„Wir müssen die Kader dazu erziehen, bewußte Anstrengungen zur Einschränkung des bürgerlichen Rechts zu unternehmen und die guten Eigenschaften gewöhnlicher Werktätiger beizubehalten. Arbeiter und Angestellte müssen dazu erzogen werden, den kommunistischen Geist zu entfalten und größere Beiträge zur Revolution zu leisten. Das sozialistische Verteilungsprinzip ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen' und ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung' – muß entschlossen durchgeführt werden. Wir müssen gründlich die ‚Viererbande' verurteilen, die, um die Massen hinters Licht zu führen, absichtlich die Weisung des Vorsitzenden Mao entstellte, und eine Politik, die auf vernünftige Weise das Verteilungsprinzip ‚Jedem nach seiner Leistung' verkörpert, als Politik des ‚materiellen Anreizes' verleumdete."

Die heutigen chinesischen Machthaber bemühen sich hier offensichtlich sehr, ihre Spuren zu verwischen und die Volksmassen zu betrügen. Sie beschwören den „kommunistischen Geist" und die „Revolution" und sprechen – was seit dem revisionistischen Staatsstreich in China selten geworden ist. – sogar von der „Einschränkung des bürgerlichen Rechts". Aber das bleibt leeres Gewäsch, weil erstens nicht gesagt wird, worin dieses bürgerliche Recht besteht; und zweitens die Grundaufgabe der sozialistischen Revolution – die restlose Ausmerzung aller kapitalistischen Überreste einschließlich des bürgerlichen Rechts – verschwiegen wird.

Die einzige konkrete politische Richtlinie im ganzen Geschwafel der „Peking Rundschau" ist die Forderung nach „entschlossener Durchführung des Leistungsprinzips". Leistungsgerechte Entlohnung im Sozialismus ist aber nach wie vor ein Bestandteil des „bürgerlichen Rechts", also ein Relikt des Kapitalismus. Zwar ist sie ein Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus, wo zwar viel von „Leistungsgesellschaft" geredet wird, aber bekanntlich diejenigen am meisten verdienen, die nichts tun außer „besitzen" oder herumkommandieren wie Bankiers, Industrielle, Manager, Minister, Gewerkschaftsbosse usw. Die ungleich höhere Bewertung der geistigen Arbeit, wie sie bei uns besteht (man vergleiche nur den Lohn eines Arbeiters und das Einkommen eines Rechtsanwaltes), gibt es im Sozialismus nicht mehr.

Aber trotzdem ist die leistungsgerechte Entlohnung eine für den einzelnen Arbeiter ungerechte Entlohnung. Der eine kann z. B. auf Grund seiner besseren körperlichen Verfassung mehr leisten und daher auch mehr verdienen als der andere. Oder einer ist Junggeselle und der andere hat eine kranke Frau, die nicht arbeiten gehen kann, und vier Kinder. Beide leisten gleich viel, aber der eine kann sich mehr „leisten" als der andere. So wächst auf dem Boden des Sozialismus neue Ungleichheit hervor. Und es kommt dazu, daß man egoistisch nach einer „höheren Stellung", nach bevorzugter Behandlung, nach einem „besseren Status" als der andere strebt.

Um dem entgegenzutreten und zur klassenlosen Gesellschaft gelangen zu können, muß das bürgerliche Recht – einschließlich des ungleichen Lohnsystems – entschlossen, Schritt für Schritt und im Einklang mit dem Bewußtseinsstand der Menschen, eingeschränkt werden. Die Triebfeder der sozialistischen Revolution kann nur das revolutionäre Bewußtsein der arbeitenden Menschen sein, daß sie die Herren des Landes sind und eine Gesellschaft ohne Klassen und Klassengegensätze erkämpfen wollen, nicht aber das Streben, „mehr" zu produzieren, um „mehr" zu verdienen, damit man „besser" lebt. Denn ohne revolutionäres Bewußtsein und ohne daß der proletarischen Politik der Vorrang eingeräumt wird, geht es zurück zum Kapitalismus, wo sich einige auf Kosten der überwältigenden Mehrheit bereichern.

Die „Peking Rundschau" spricht in dem obigen Zitat eine andere Sprache: Die chinesischen Machthaber sagen, man müsse das bürgerliche Recht einschränken. Das ist sehr gut. Im gleichen Atemzug fordern sie aber, „entschlossen" eben dieses bürgerliche Recht zu praktizieren. Wenn sie aber so für die entschlossene Durchführung des Leistungsprinzips eintreten, so entlarven sie sich selber als waschechte Revisionisten, als Verfechter des „materiellen Anreizes" als Chruschtschowisten!

Das ist nicht weiter verwunderlich: Weil die unterschiedlichen Entlohnungsstufen und andere kapitalistische Überreste wie die Freistellung von Funktionären von körperlicher Arbeit die Basis für zahlreiche Privilegien bilden, deshalb wollen sie diese Überreste keinesfalls einschränken, sondern im Gegenteil beibehalten, ja beständig und „entschlossen" ausweiten. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind aus der Sowjetunion her bekannt: Ausweitung der kapitalistischen Überreste, Zersetzung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, schließlich allseitige Wiederherstellung der Kapitalsdiktatur und Profitwirtschaft – wenn auch unter einem „sozialistischen" Aushängeschild.

Im angeblichen Sozialismus der Pekinger Arbeiterverräter sollen die arbeitenden Menschen auch nichts anderes als das sein, was sie eben nach dem Willen der Ausbeuter immer sein sollen: Arbeitstiere, die kommandiert werden und nichts zu reden haben. Im Parteichinesisch der Revisionisten wird das mit den Worten umschrieben: „Mit voller Kraft die sozialistische Produktion zu betreiben ... ist die ruhmvolle Pflicht der Arbeiterklasse und der anderen arbeitenden Volksmassen." („Peking Rundschau" Nr. 11/1977, Seite 10.) Die „ruhmvolle Pflicht", die Arbeiter dabei anzutreiben und herumzukommandieren sowie dann die Früchte ihrer harten Arbeit sich anzueignen, diese „Pflicht" nehmen die chinesischen Bonzen und Bürokraten wohl gerne auf sich. •

Der „schwarze" Parteitag in China

„Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die kapitalistischen Machthaber gehen diesen Weg noch."

Mit dieser glänzenden Feststellung hat Mao Tsetung allen wirklichen Revolutionären mit unmißverständlicher Klarheit eine konkrete Anleitung gegeben, gegen wen sie das Feuer ihrer Kritik und ihres Kampfes in der Fortführung der sozialistischen Revolution richten müssen. Diese revolutionäre Aussage trifft die jetzige revisionistische Führung Chinas mitten ins Herz. Kein Wunder, daß sie getroffen aufschreit und gerade gegen diese Weisung zetert. Der gar nicht so „weise" Verräter Hua krakeelte auf dem „schwarzen" 11. Parteitag (nachzulesen im Kommunique), die „Viererbande" hätte verleumderisch behauptet, „mitten in unserer Partei und unserer Armee sitze eine Bourgeoisie." Wer erinnert sich nicht? Der gleiche Mann hat in seiner eigenen Trauerrede („PR" Nr. 39/76, S. 15) zum Tode des Genossen Mao Tsetungs genau diese Weisung zitiert und sie (völlig richtig) als wissenschaftlichen Schluß aus der Analyse der Besonderheiten des Klassenkampfes im Sozialismus bezeichnet. Nach geglücktem Staatsstreich auf der Linie und mit Hilfe des Konterrevolutionärs Deng schwört er jetzt ab, versucht die Spuren zu verwischen und nennt eine unumstößliche Feststellung Mao Tsetungs eine Verleumdung der „Vier". Denn nun richtet sie sich mit aller Schärfe gerade gegen ihn. Einmal mehr beweisen solche heuchlerischen Manöver, für wie vergeßlich, rückständig und dumm revisionistische Machthaber die Massen halten. Das Banner Mao Tsetungs wild schwenkend, tritt Hua es in Wahrheit in den Dreck, zugleich immer wieder gezwungen, dies auch offen zu tun.

Das Faktum der Machtergreifung durch die Bourgeoisie in der Partei versucht er zu vertuschen, entlarvt sich aber selbst mit der Begründung, „daß die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg nur eine Handvoll ausmachen und keine Bourgeoisie bilden könnten, solange die höchste Macht in Partei und Staat in den Händen eines an der marxistisch-leninistischen Linie festhaltenden Kerns liege". Mit einer unglaublichen Dreistigkeit greift er im Namen Mao Tsetungs dessen Ideen an und verunglimpft die Praxis der Kulturrevolution, in der Mao die Massen aufrief, das „bürgerliche Hauptquartier zu bombardieren".

Allerdings wagten es er und seine Kumpane (mit Ausnahme Dengs) zu Lebzeiten Maos nicht, sich offen gegen ihn zu stellen und ihr wahres Wesen zu zeigen. Hatte Mao doch persönlich noch die Entmachtung Dengs vorgeschlagen, einstimmig vom damaligen Politbüro (einschließlich Huas) angenommen; und Hua selbst war eingesetzt worden zur Leitung des Kampfes gegen die kapitalistische Linie Dengs. Kaum hatte sich die Situation durch den Tod Mao Tsetungs geändert, wechselte er die Farbe, wurde zu einem kriecherischen Vasallen der konterrevolutionären Linie Dengs, der sich schließlich auch offen als Hintermann der Machtergreifung entpuppte.

Obwohl die neue Clique mächtig auftrumpft, ist ihr offenbar nicht wohl in der Haut. Dies zeigt ihre Hast, mit der sie die Restauration des Kapitalismus vorantreiben und Schlag auf Schlag vollendete Tatsachen schaffen will, um den revolutionären Massen den Mut zur Revolution zu nehmen.

Diese Absicht soll auch das neue Statut unterstreichen. Gegen alle Versuche des Widerstands kündigt der Bericht über die Änderung des Parteistatuts die Schaffung einer Disziplinarkommission zur Erhaltung der Disziplin an: eine typische Ausgeburt von Bürokratenhirnen, die sich politisch nicht zu helfen wissen und statutarisch die Revolution verbieten wollen.

Diese revisionistische „Neuerung" geht einher mit der Androhung Huas, „jene Menschen und Begebenheiten" zu untersuchen, die mit den sogenannten „Verschwörungen der Vier" in Zusammenhang stünden. Was sind das für „große revisionistische Tiere", die verräterisch laut gegen die angeblich reaktionäre Losung „stöbert die bürgerlichen Elemente in der Armee auf" losheulten; und jetzt durch Untersuchungs- und Disziplinarkommissionen Angst und Schrecken verbreiten wollen? Auch sie sind nur Papiertiger!

In der Abschlußrede zum Parteitag stellte der zu Stellvertreterwürden gelangte Deng fest, Partei und Land habe seit den letzten Ereignissen „ein völlig neues Aussehen" gewonnen. Das ist „völlig" richtig: Denn seither steht Partei und Land unter der Führung von einer Handvoll Machthabern, die den kapitalistischen Weg gehen. Aber auch sie werden stolpern, schließlich stürzen und ein neuer revolutionärer Sturm wird sie hinwegfegen wie verwelkte Blätter. •

Gemeinderatswahlen in Innsbruck

Es ist wieder einmal soweit. Die Innsbrucker Bevölkerung ist aufgerufen, am 2. Oktober 1977 über die Zusammensetzung der Gemeindestube zu „entscheiden".

Alle sechs Jahre das gleiche Theater, könnte man sagen. Denn im Prinzip sind sich die im Gemeinderat vertretenen Parteien über die Ausbeutung der Bevölkerung und das skrupellose Übergehen der Allgemeininteressen einig. Höchstens darüber, welcher Politikerkopf publicitywirksamer im Vordergrund der diversen Werbepublikationen der Stadt veröffentlicht werden soll, wird gestritten.

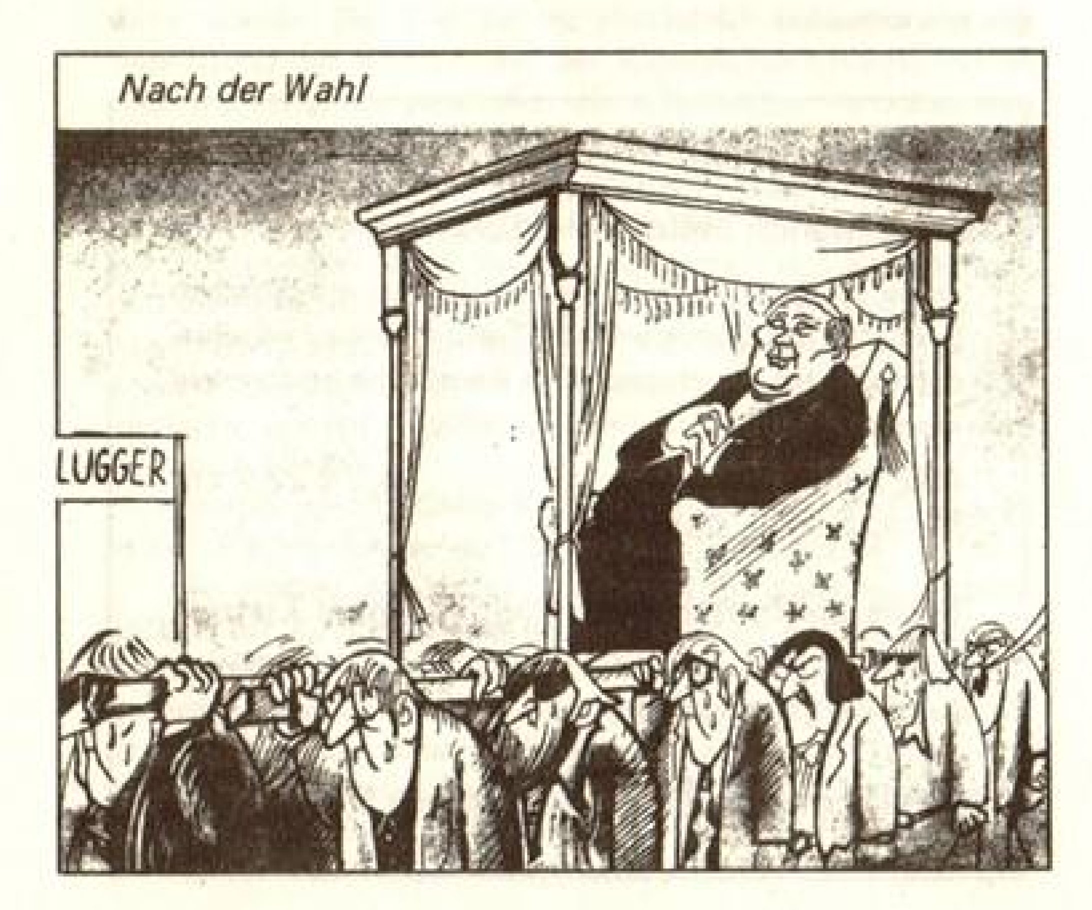
Während die ÖVP unter ihrem greisen Anführer Lugger das abgekartete Spiel von angeblich unterschiedlichen Interessensrichtungen spielt und mit zwei gekoppelten Listen auftritt, geht die SPÖ unter Obenfeldner mit vereinter Kraft ins Rennen, um den auf ihrem Mist gewachsenen „Generalverkehrsplan" von den Wählern absegnen zu lassen.

Während also die Schwarzen, laut ÖVP-Stadtrat Seykora, der Bevölkerung die tarifpolitischen Daumenschrauben ansetzen wollen – Seykora forderte vor kurzem, daß die Stadt ihre Einnahmemöglichkeiten mittels einer starken Tarifpolitik voll ausschöpfen soll –, möchten sich die Rosaroten mit ihrem Verkehrskonzept Lorbeeren verdienen.

Mit Hilfe dieses „Generalverkehrsplans" sollen die Wohnqualität der Stadt und die Bedürfnisse der Bevölkerung vollends dem Moloch Verkehr geopfert werden.

Neben der FPÖ und dem ÖVP-nahen Tiroler Arbeitsbund kandidiert heuer erstmals die sogenannte „Grüne Liste". Unter dieser Bezeichnung treten ein Arzt, ein Landschaftsgestalter und eine Angestellte zur Wahl an.

Die immer schlechter werdenden Lebensbedingungen sind unter anderem ein deutliches Anzeichen für die Überlebtheit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Auch wir von der VRA sind der Meinung, daß gegen diese Entwicklung angekämpft werden muß und unterstützen alle diesbezüglichen Bemühungen, auch die der „Grünen Liste". Das solange, als deren Vertreter bereit sind, die wirklichen Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten und sich nicht korrumpieren lassen. Wie die Kandidaten der Grünen Liste erklärten, ist ihr oberstes Ziel die Verwirklichung ihrer umweltpolitischen Forderungen: Verbesserung der Luftqualität, Einschränkung des Individualverkehrs zugunsten einer Förderung des öffentlichen Verkehrs zu sozialen Tarifen, Kampf gegen die weitere Zerstörung von Grünflächen im Zuge der Verwirklichung des Generalverkehrsplanes. Außerdem treten sie für die Senkung der Mieten in den städtischen Wohnungen, für soziale Tarife der städtischen Betriebe und eine Verbesserung der Kindergarten- und Hortsituation ein. Um einen möglichst engen Kontakt zur Bevölkerung herzustellen, will die Grüne Liste regelmäßig Bürgerversammlungen veranstalten. •



Nach der Wahl



„Na, Meier, plötzlich wieder gesund?"

Unilever:
Kündigungen und Neueinstellungen

Vor kurzem hat die Unilever-Tochter Allpack in Wien, ein Betrieb mit zirka 200 Beschäftigten, sieben Arbeiter gekündigt, darunter einen 51jährigen Familienvater, der vier Kinder zu versorgen hat. Die offizielle Begründung lautete: Zu wenig Leistung. Im Betrieb aber war allen klar, daß die sieben deswegen gekündigt wurden, weil sie nach Meinung der Firmenleitung zu oft im Krankenstand gewesen waren. Gleichzeitig inserierte die Unilever freie Stellen im „Kurier". Mitte Juli ging ein Rundschreiben durch den Betrieb, in dem es hieß, daß Lehrlinge und Arbeiter für alle Abteilungen aufgenommen würden. Ein Meister erklärte das so: „Sie werden halt die ‚Schlechten' austauschen. Am Arbeitsmarkt gibt's jetzt genug gute Arbeiter, die sie sich heraussuchen."

Weiters bemüht sich nun die Firmenleitung wieder verstärkt um die Durchführung sogenannter Momentaufnahmen, was bisher vom Betriebsrat erfolgreich bekämpft worden war. Momentaufnahmen bedeuten: Alle Arbeitsvorgänge werden bis in die kleinste Einzelheit zerlegt. Gleichzeitig wird ermittelt, wieviel Zeit für jeden einzelnen Arbeitsvorgang erforderlich ist. Der Zweck des ganzen: Die Arbeiter sollen noch besser kontrolliert und aus ihnen soll noch mehr Arbeitsleistung herausgepreßt werden.

Alles zusammen veranlaßte den Betriebsrat, eine Unterschriftenaktion gegen die Maßnahmen der Firmenleitung zu starten. Allerdings gelang es nicht, die Rücknahme der Kündigungen zu erreichen. Etliche taten nämlich bei der Unterschriftensammlung nicht mit. Sie hatten sich von der Firmenleitung einreden lassen, daß die Kündigungen gerechtfertigt seien, weil die abgebauten Arbeiter halt „zuviel getrunken" hätten. Aber immerhin war das die erste Solidaritätsaktion seit Bestehen des Betriebes, seit 17 Jahren. •

Gewerkschaft – für oder gegen uns?

Die Arbeitszeitverkürzung wurde von den Gewerkschaftsführern als große Errungenschaft für die Bediensteten bei der Post hingestellt. Wie sah das aber in der Praxis aus? Bei uns Postlern zum Beispiel ging bereits die Verkürzung der Arbeitszeit auf 42 Stunden pro Woche auf Kosten der Bediensteten. Damit wir auf die 42 Stunden pro Woche kommen, wurde uns Briefträgern angeordnet, die Massendrucksachen am Samstag nicht zuzustellen. Daher blieb die Mehrzahl dieser Sendungen liegen, sie mußten dafür vom Briefträger am Montag zugestellt werden. Das bedeutete, daß wir für die Zeit, um die wir am Samstag bei der Tour früher fertig wurden, am Montag länger und schwerer Dienst machen mußten. Die angekündigte Verbesserung bedeutete für uns nur eine Verschiebung der zu leistenden Arbeit von Samstag auf Montag.

Da bei uns ja angeblich alles für die arbeitende Bevölkerung getan wird, und auch wir Briefträger dazugehören, sollten auch wir in den Genuß der 5-Tage-Woche kommen. Die Zeitungszustellung am Samstag sollte eingestellt werden. Zumindest lautete so das Versprechen der Gewerkschaftsführung, das auch groß publiziert wurde. Es war eine geschickte Taktik, die da betrieben wurde: So konnten auf der einen Seite die Postler wieder einmal die „Kühnheit" der Gewerkschaftsbonzen bewundern, die trotz aller Widerstände bereit sind, sich für das Wohl der Mitglieder einzusetzen. Auf der anderen Seite lieferte man der bürgerlichen Presse wieder einmal einen Grund, um auf die „ach so faulen Beamten" losgehen zu können. Damit sollte eine Solidarisierung der werktätigen Bevölkerung mit den berechtigten Forderungen der Postler verhindert werden.

Die Zusicherung der Bonzen erwies sich als Lüge, da wir zumindest bis jetzt noch immer am Samstag die Zeitungen austragen. Übrigens: Bei der Post gibt es sogar noch Bedienstete, die erst nach dreizehn Tagen Dienst einen freien Tag haben.

Den nächsten Streich spielte man uns erst kürzlich bei den letzten Gehaltsverhandlungen. Es wurde uns erklärt, daß es doch nicht anginge, daß die Beamten weniger für ihre Pension einzahlen als die anderen Werktätigen. Außerdem wäre die Anhebung der Pensionsbeiträge die einzige Möglichkeit, in den Verhandlungen mit dem Finanzminister überhaupt eine Lohnerhöhung herauszuschlagen. So blieb angeblich unseren „Vertretern" nichts anderes übrig, als einer Erhöhung des Pensionsbeitrages um monatlich 0,5 Prozent zuzustimmen.

Bei meinem Pensionsbeitrag von monatlich S 396,90 wären diese 0,5 Prozent zirka S 1,97. Das ist auch noch zu verschmerzen, dachte ich mir. Als ich mir aber die Sache genauer durch den Kopf gehen ließ, kam ich darauf, daß da etwas nicht stimmen konnte. Ich bekomme nämlich ab Jänner 1978 um diese besagten 0,5 Prozent weniger Gehaltserhöhung. Von meinem jetzigen Bruttobezug von monatlich 7.151 Schilling (mit fast 35 Dienstjahren) sind 0,5 Prozent ja S 35,75. Um die werde ich ab 1. Jänner 1977 echt mehr Pensionsbeitrag monatlich zahlen. Die Erhöhung des Pensionsbeitrages beträgt somit in Wirklichkeit 9 Prozent und nicht 0,5 Prozent, wie zwecks Augenauswischerei vorgegaukelt wurde. Und das vier Jahre hindurch jeweils mit 1. Jänner.

So versuchen uns die Bonzen immer auszutricksen, um uns ruhig zu halten. Aber nach all den Erfahrungen mit meinen angeblichen Vertretern komme ich immer mehr zu der Einsicht, daß wir in Wirklichkeit nur auf unsere eigenen Kräfte vertrauen dürfen, wenn wir effektiv was für uns erreichen wollen.

Zum Abschluß noch eine Anregung: Für mich, und ich glaube für alle arbeitenden Menschen, wäre es von Wichtigkeit, von Kollegen aus möglichst vielen Berufssparten Erfahrungen und Probleme kennenlernen zu können. Dazu wäre es notwendig, daß soviele Leute wie möglich in der „Volksmacht" von ihren Erfahrungen berichten. Damit wäre ein Schritt dazu getan, daß möglichst viele Kollegen erkennen können, daß ihre Probleme nicht einzigartig sind, sondern wir, wenn auch in verschiedensten Variationen, unter den gleichen Bedingungen leiden und den gemeinsamen Kampf für unsere Interessen aufnehmen müssen. Diese Erkenntnis ist sehr wichtig für uns Werktätige, denn damit würden wir den Gewerkschaftsbonzen viel Wind aus den Segeln nehmen. Sie versuchen doch immer, uns einzureden, daß wir ohne ihre Führung alleinstehen würden und nicht einmal das erreichen könnten, was sie angeblich „Gutes" für uns ausgepackelt haben.

R. F., Wien •



„Jetzt bin ich mit der Lösegeld-Forderung schon von sieben Millionen auf 10.000 Schilling runter, aber noch immer will ihn niemand wiederhaben."

Das Ungeheuerliche an den Vorstellungen des Finanzministers



Früher einmal waren in den Sommermonaten die Zeitungen voller Berichte über das „Ungeheuer von Loch Ness". Diese Berichte waren Zeitungsenten — zwecks Hebung des Umsatzes —, in ihrer Art ungeheuerlich und keiner glaubte sie.

Im Sommer 1977 sind die österreichischen Zeitungen voll von Berichten über Meinungen und Vorstellungen des Bundeskanzlers und des Finanzministers. Diese Berichte klingen genauso ungeheuerlich und unglaubwürdig als jene über „Nessy", das Ungetüm im einsamen See in Schottland. Alle handeln sie darüber, wie der Finanzminister Geld aus den Brieftaschen der arbeitenden Menschen ziehen will. „Die Seeschlange „Nessy" ist und bleibt unglaubwürdig. Der gelernte Österreicher — bis hin zum linientreuesten und gläubigsten SP-Mitglied — weiß heute aber längst, daß die noch so unglaubwürdig und ungeheuer klingenden Aussagen und Ankündigungen von Kreisky und Androsch irgendwann einmal zur Wirklichkeit werden. Zu einer Wirklichkeit, in der der hart erarbeitete Lohnschilling in der Hand des Arbeiters wie Schnee in der Sonne wegschmilzt. Ein Hunderter ist ja heute sowieso schon weg, bevor man ihn noch umgedreht hat.

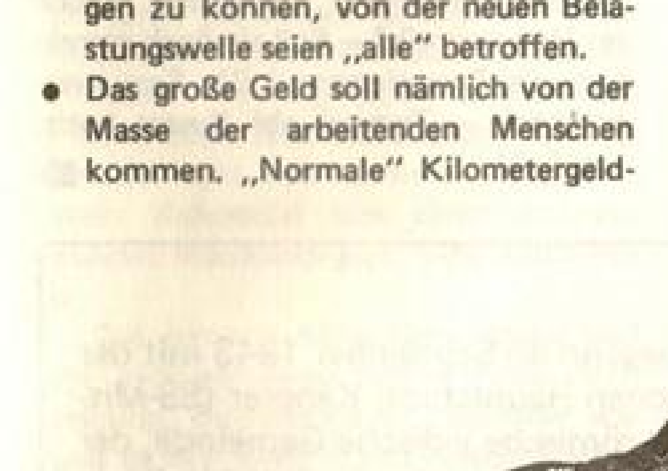
Was wird gesagt?

- Lieferwagen und Kombis werden künftig bei den Unternehmern keine Steuervorteile mehr bringen können. Das klingt unglaubwürdig, gute Kenner der Praxis winken überlegen lächelnd auch schon ab, doch ein arbeitender Mensch könnte sich darüber freuen: „Jetzt greift der Androsch gegen die Kapitalisten durch. Endlich!"
- Noch ärger wird es — und damit noch unglaublicher: Auch die Firmen-PKW werden ab 1978 den Kapitalisten keine Steuergewinne mehr abwerfen. Darüber könnte man sich als SP-Wähler bereits in Klassenkampfstimmung fühlen.
- Kilometergelder sollen ab dem kommenden Jahr allerdings auch zu 50 Prozent steuerlich erfaßt werden (ausgenommen Staatsbeamte). Da beginnt bereits mancher zu knirschen. Jedenfalls der, der in Ausübung seines Berufes die vergüteten Kilometer ehrlich herunterradelt. Solche Leute gibt es eine ganze Menge, und die zahlen gehörig drauf, wenn sie von Unkostenvergütung auch noch Lohnsteuer zahlen müssen. „Aber bitte", läßt man da aus dem Führungskader verlauten, „da fahren doch auch genug ‚Herren' auf Kilometergeld, die können doch zahlen." „Vergessen" wir also die Kollegen, die echt draufzahlen sollen, trösten wir uns, daß etwa auch Herren Abteilungsleiter zur Kassa gebeten werden sollen.
- Androsch hat aber noch einen Pfeil im Köcher. Der ist geeignet, die Schillinge ganz gehörig aus den Taschen der Arbeiter ins Staatssäckel rollen zu lassen, das letzten Endes noch immer zugunsten der Unternehmer geleert wurde: Das Kraftfahrzeugpauschale soll auch gestrichen werden. „Wenn schon mehr zahlen fürs Auto, dann alle." Sozusagen nach dem demokratischen Prinzip der Gleichheit. Dieser Punkt ist nun schon von Masseninteresse. Denn unser „Wohlstandssymbol" ist das Auto, und so sind die Begünstigten des KFZ-Pauschales hauptsächlich Arbeiter.

Wie wird es geschehen?

Nun können wir aber bereits auf Erfahrungen aus der Vergangenheit zurückblicken. Es kam da meistens anders. Wie läßt sich die Zukunft ziemlich leicht voraussagen?

- Was die „Belastungen" für die Unternehmer betrifft, wird ja bereits ab 1. August 1977 begonnen. Vor klassenkämpferischer Freude mögen sich die Arbeiter allerdings hüten. Erstens ist das alles gar nicht so arg — Kombis können zwar nicht mehr „vorzeitig", doch immer noch „normal" von der Steuer abgesetzt werden — und zweitens sind solche Maßnahmen immer noch nach kurzer Zeit wieder aufgehoben worden. „Sanierung der Wirtschaft" zur „Sicherung der Arbeitsplätze" heißt das Motto ja bekanntermaßen. Als Beispiel sei auf die Investitionssteuer hingewiesen, die das Finanzministerium seit zwei Jahren von den Unternehmern nicht mehr einhebt, was für die Kapitalisten Milliardengewinne bedeutet. Das gleiche gilt, wenn ab 1978 auch die Firmen-PKWs nicht mehr so „begünstigt" wie bisher behandelt werden. Sinn und Zweck dieser Maßnahmen ist nur, gegenüber den Arbeitern sagen zu können, von der neuen Belastungswelle seien „alle" betroffen.
- Das große Geld soll nämlich von der Masse der arbeitenden Menschen kommen. „Normale" Kilometergeldbezieher in Ausübung ihres Berufes werden vom „Chef" ob dieser Ausplünderung durch den Finanzminister zwar „bedauert" werden, achselzuckend aber doch nur zu hören bekommen, „da sei nichts zu machen". Ersatz aus der Firmenkassa wird der Chef nicht anbieten. Die „Kaiser" aber, denen Kilometergeld nur zwecks steuerfreier Aufbesserung ihres Einkommens gegeben wird, werden sicherlich „Ersatz" für den Steuerabzug bekommen. Sie gehören ja schließlich zum Führungsstab der Unternehmen und sorgen dafür, daß die Arbeiter richtig spuren und Profit aus ihnen herauszuholen ist. Die Kosten dafür (auch die „Verteuerung" beim Einkauf eines Kombi oder PKW) tragen im Endeffekt sowieso die Konsumenten.
- Und weil „demokratischerweise" alle zahlen sollen, werden sicher auch die Pläne des Finanzministeriums bezüglich des KFZ-Pauschales durchgeführt, auch wenn da Papa Benya wieder einmal tut, als ob er dagegen wäre. Vorerst hat man da einmal das „kleine" — für Fahrten in den Betrieb bis 40 km auf einer Strecke — aufs Korn genommen. Ungefähr 185 Schilling pro Monat würde sich so der Finanzminister von jedem betroffenen Autofahrer an zusätzlicher Lohnsteuer holen. Diese Beträge summieren sich zu Milliarden. Zu Milliarden, die der Finanzminister für all die Maßnahmen braucht, den Kapitalisten Profite zu sichern.



Betrugstheater

Das Unternehmergeschrei über die „neuen Belastungen" soll uns vorerst einmal täuschen. Die Arbeiter sollen dafür „ihren" Finanzminister beklatschen. Der große Schnitt kommt dann nachher und der geht auf Kosten der Arbeiter. Weil man genau weiß, daß in absehbarer Zeit eine „Reform" des Lohnsteuersystems durchgeführt werden muß, will man sich die Mittel dafür schon vorher aus den Taschen der Werktätigen holen. Und wenn es dann soweit ist, werden sich alle als „Wohltäter fürs Volk" lobpreisen lassen. Wobei jeder Arbeiter gewiß sein kann, daß er keinen zusätzlichen Schilling gewinnen wird. Er wird einen Teil dessen zurückerhalten, was ihm vorher genommen wurde. Doch die planmäßige Ausbeutung wird sofort weitergehen.

Was ist zu tun?

Das Wesen dieser planmäßigen Ausbeutung arbeitender Menschen zugunsten des Kapitals muß durchschaut werden. Bis zur „K"PÖ-Führung spielen in diesem Ausbeutungs- und Betrugsspiel alle ihre Rolle: Die „Arbeiterführer" der SPÖ und des ÖGB, die ja „gerne wollten", im kapitalistischen System aber „nicht können" (auf die Idee, dieses System abzuschaffen, wollen sie ja nicht kommen, im Gegensatz zu ihren Anhängern); die „Opposition" in der ÖVP, die so tut, als ob es ihren Profiten an den Kragen ginge, die sich aber insgeheim die Hände reibt, weil durch die Politik der SP-Führung die Gewinne absolut gesichert sind; und auch FPÖ- und „K"PÖ-Führung, die mit „freiheitlichen" bzw. „kämpferischen" Sprüchen (Unterschriftensammlung für eine Lohnsteuer„reform") als Flügelmänner unserer sogenannten Demokratie auftreten.

Erkennt man das, muß man sich in den Betrieben zum selbständigen Kampf zusammenschließen. Nur dort können wir uns ja die Schillinge zurückholen, die uns die Kapitalisten über das Finanzministerium wegnehmen. Freilich: Das wird immer so hin- und hergehen. Bis wir erkennen, das dieses ganze System durch die Machtergreifung der arbeitenden Menschen gestürzt werden muß. •

Der „Koffertrick" der Reaktion

Es ist nicht allzulange her, daß die „unabhängigen" österreichischen Zeitungen den Sexualmord von Gloggnitz als Vorwand benützten, um eine breitangelegte Kampagne für die Wiedereinführung der Todesstrafe zu entfachen. Wortführer dabei war – wie fast immer bei solchen Anlässen – ein Kolumnist im Solde einer kleinformatigen Wiener Tageszeitung, der tagtäglich über alles, was nur irgendwie nach Fortschritt riecht, den Stab (bzw. das Staberl) bricht. Jeder, der den Ekel hinunterwürgt, den die Ergüsse dieses Herrn zwangsläufig verursachen, um zu erfahren, welche Taktik der faschistoiden Volksverdummung von der Reaktion gerade eingeschlagen wird (und darüber kann man sich wohl nirgends besser informieren als in diesem Revolverblatt) – jeder Leser dieses kleinformatigen Boulevardhelden also wird wissen, wie sehr diesem ein „Reform" des österreichischen Strafvollzugs im Sinne der spanischen Inquisition und des Faschismus am Herzen liegt. So mörderisch simpel wie die Denkungsart dieses Herrn sind nämlich auch seine „Reformvorschläge": Waltraud Boock im Hungerstreik? – Soll sie doch verrekken, die Terroristensau! Ein Sexualverbrecher? – Zumpel ab! Besser noch: Kopf ab!

Herbert und Anneliese Kappler

Die Karriere des deutschen Botschaftsangestellten Herbert Kappler begann im September 1943 mit der deutschen Besetzung Italiens. Er avancierte zum Polizeichef der italienischen Hauptstadt. Kappler (SS-Mitglied seit 1927) verbrachte seine erste Heldentat in diesem Amt gegen die römische jüdische Gemeinde, der er deutschen „Schutz" für den Fall zusicherte, daß sie 50 Kilo Gold an die Besatzungsbehörden ablieferte. Die verlangte Menge Gold wurde am 28. September übergeben. Am 16. Oktober umstellte Kapplers SS das römische Ghetto und deportierte 7.090 Juden in die nationalsozialistischen Vernichtungslager. Nur hundert von ihnen kehrten nach Kriegsende wieder zurück. Als Polizeichef von Rom war Kappler gemeinsam mit Eugen Dollmann für die Folterung und Ermordung von hunderten römischen Antifaschisten verantwortlich.

Die Krönung seiner Laufbahn war aber zweifellos das Massaker in den ardeatischen Höhlen am 24. März 1944. Einen Tag zuvor waren 35 deutsche Soldaten einer militärischen Aktion der römischen Partisanen in der Via Rasella zum Opfer gefallen. Der Oberbefehlshaber Süd der deutschen Wehrmacht, Generalfeldmarschall Kesselring, ordnete die Exekution von je zehn Italienern für jeden toten Deutschen an (Kesselring wurde übrigens 1947 von den Alliierten zum Tode verurteilt, zu lebenslänglicher Haft begnadigt und 1952 auf freien Fuß gesetzt. Er verbringt seinen Lebensabend in der BRD).

Die Durchführung des Befehls oblag Kappler. Er wählte 355 Italiener aus den Reihen der gefangenen Antifaschisten und der Juden Roms aus (fünf mehr als verlangt, gründlich wie ein deutscher Offizier nun einmal ist). Gemäß der Zeugenaussage von Hildegard Peetz, einer Angestellten der deutschen Polizei in Rom, soll Kappler selbst im Juni 1944 über die Durchführung des Massakers in den ardeatischen Höhlen folgendes erzählt haben: „Die Exekution fand in einer Höhle in der Nähe von Rom statt... Wir waren zwanzig und teilten die Leute unter uns auf. Ich hatte meine fünfzehn vor mir und wollte gerade anfangen, als ich bemerkte, daß einer der Soldaten vor seinen Geiseln plötzlich zu weinen begann. Ich begab mich unverzüglich zu ihm. Es gibt nichts Schlimmeres als solche pathetische Szenen ... Es war ein blonder Junge, der noch nie an der Front gestanden hatte. Er sagte mir: ‚Ich kann einfach nicht fünfzehn Menschen erschießen, einen nach dem anderen..., ich kann es einfach nicht.' Ich richtete meine Pistole auf ihn und sagte: wenn du nicht sofort mit deiner Arbeit anfängst, bist früher im Jenseits als die da. Das gab ihm Mut und er erschoß die erste Geisel. Seine Hand zitterte. Nach der dritten Geisel machte er mechanisch weiter und ich konnte zu meiner Gruppe zurückkehren. Wenn ich nicht so energisch gewesen wäre, hätte ich meine Aufgabe nicht erfüllen können." Nach fünf Stunden hatte Kappler mit seinen Leuten das Werk vollbracht. Die Höhle wurde zugeschüttet.

Im Mai 1945 ergab sich Kappler in die Hände der Alliierten. Er wurde 1947 den italienischen Gerichten übergeben und zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, das er bis vor einem Jahr in der Festung Gaeta verbrachte. Dort vertrieb er sich seine Zeit mit Studien, Briefeschreiben und dem Füttern von Delphinen an einem Salzwasserbassin. Er konnte jederzeit Besuche empfangen. Viele dieser Besucher waren Alt- und Neonazi aus Österreich, die Kappler und seinem ebenfalls (und noch) in Gaeta inhaftierten Busenfreund und Nazischlächter Major Reder ihre Anerkennung und uneingeschränkte Solidarität aussprachen. Letztes Jahr sandten Reder und der inzwischen zum Katholizismus konvertierte Kappler ihren österreichischen Freunden herzliche deutsche Weihnachtsgrüße, die von der „Kleinen Zeitung" als Leserbrief veröffentlicht wurden.

Kongenialer Ehegespons Kapplers ist Anneliese Wenger, die er 1972 in Gaeta heiratete. Jahrelang hatte sie ihm schon Briefe und Pakete geschickt, weil er ihr als Mann imponierte, der bedingungslos „Befehlen gehorcht" (eigene Aussage). Die Soltauer Walküre hat auch eine dementsprechende Vergangenheit: während des Rußlandfeldzuges meldete sie sich als freiwillige Helferin an die Front. Ihre Nebenbeschäftigung: 1973 wurde sie in Gaeta zu einer zweimonatigen Kerkerstrafe verurteilt, weil sie in einem Supermarkt ein Hemd gestohlen hatte. So etwas braucht sie jetzt nicht mehr tun. Die „Fluchtstory" mit dem Koffertrick wurde um Millionen Mark an eine Illustrierte verkauft.

Besagter Soldschreiber sah sich unlängst auch veranlaßt, seinen Senf auch zur Flucht des SS-Schergen und Kriegsverbrechers Herbert Kappler dazuzugeben. Und ausgerechnet in der Befreiung dieses Massenmörders, gegen den der Sexualverbrecher von Gloggnitz ein „Waisenknabe" ist, ausgerechnet in dieser durch das Zusammenspiel von imperialistischen Geheimdiensten und neonazistischen Terrorgruppen organisierten Flucht eines Nazi-Schlächters, der tausendmal den Tod verdient hätte, sieht unser Kolumnist nun einen Akt der wahren Menschlichkeit. Und nicht nur er.

Die gesamte bürgerliche Presse und die angeschlossene ostmärkische, Verzeihung, österreichische Journaille war und ist sich einig in ihrer tiefen Genugtuung über den gelungenen „Koffertrick" des Kapplerschen Flintenweibes. In Soltau treffen täglich tausende von Glückwunschschreiben alter und neuer Nazis ein. Die ostmärkischen Volksgenossen drückten ihre Freude mittels der Schändung jüdischer Gedenkstätten durch antisemitische Parolen in Wien aus. In einer Club-2-Diskussion im ORF werben der Ex-SAler Wandruska und der nostalgische Faschistenschwärmer Syberberg (Regisseur einschlägiger Filme) für mehr „Verständnis" für Kappler und den Nationalsozialismus. Syberberg verkündet selten so gelacht zu haben, wie über die Flucht Kapplers. In



Deutschland und Österreich laufen groß angekündigte Filme, deren Ziel es ist, die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus zu verherrlichen und Hitler zu rehabilitieren. Ein Buch wird ein Bestseller, in dem ein sogenannter „Historiker" den Beweis dafür liefert, daß Hitler von den Judenvergasungen eh nichts gewußt habe.

Was hier geschieht, ist nichts anderes als die ideologische Vorbereitung der Bourgeoisie auf einen neuen Faschismus. Die werktätigen Menschen sollen durch gezielte Meinungsbeeinflussung für die Faschisierung von Staat und Gesellschaft gewonnen werden. Kapitalismus führt zu Faschismus. Dieser Satz ist heute so aktuell wie eh und je. Die bürgerlichen Machthaber sehen, daß die Unzufriedenheit der arbeitenden Menschen mit dem Profitsystem zunimmt, mit einem System, das immer tiefer und umfassender in die Krise gerät und schließlich zum Weltkrieg führt. Je mehr aber diese Unzufriedenheit zunimmt, desto schwieriger wird es für die Kapitalisten, mit Hilfe des parlamentarischen Betrugs und der Sozialpartnerschaft dieses System aufrechtzuerhalten. Deshalb suchen sie den Ausweg im Faschismus, also in der unverhüllten, terroristischen Form der Ausübung ihrer Klassendiktatur, die sie sowohl durch die Verabschiedung reaktionärer Gesetze als auch durch die Unterstützung neonazistischer Umtriebe und durch die reaktionäre Meinungsmanipulation der bürgerlichen Presse vorbereiten. Für die arbeitenden Menschen wäre es tödlich, die uns drohende faschistische Gefahr zu unterschätzen. Es muß uns allen klar sein, daß die Entwicklung des Kapitalismus nur die Alternative bietet: „Sozialismus oder Barbarei". •

Sparmaßnahmen – auf Kosten der Kleinen

„Beamte einsparen", so heißt der neue Slogan im öffentlichen Dienst. Das klingt für so manchen Nicht-Beamten aufs erste recht einleuchtend: Wieder ein paar Schmarotzer weniger. Wie das mit dem Einsparen wirklich vor sich geht, verspüre ich Tag für Tag als kleiner Bediensteter am eigenen Leib. Bei der Gemeinde Wien wird das nämlich sehr ernst genommen. Es wurden eigens neue Abteilungen geschaffen, die diese Einsparungen in Angriff nehmen sollen. Das hat erst einmal einige neue Posten für Senatsräte eingebracht. Diese Herrschaften schauen jetzt, wo bei der Arbeit der kleinen Bediensteten Leute eingespart werden können.

Aber noch etwas lernte ich dabei kennen: Nämlich, daß die „besten" Ideen der Herren da oben nichts nützen, wenn die Leute, die sie ausführen sollen, zusammenstehen und sich nicht alles gefallen lassen.

Ich arbeite in einer Abteilung, die schon seit zirka fünf Jahren von einem kleineren auf einen größeren Computer umgestellt werden soll. Nachdem vier Jahre lang sang- und klanglos der neue Computer getestet wurde, hatte man es heuer mit dem Umstellen besonders eilig. Man lieferte uns einen Testlauf nach dem anderen, dabei sollten wir prüfen, ob es möglich wäre, Mitte des Jahres umzusteigen. Nebenbei hatten wir natürlich unsere gewohnte Arbeit zu verrichten. Dafür wurden uns auch Überstunden bewilligt.

Mitte des Jahres wurde dann von oben bestimmt, daß des Testens genug sei und der größere Computer die Arbeit übernehmen könne. Die Überstundenbezahlung wurde deshalb gestrichen.

Auf uns, die ein halbes Jahr die Tests kontrollierten und der Meinung waren, daß dieser Termin um mindestens ein halbes Jahr zu früh sei, hörte man nicht. Man stieg um – um vierzehn Tage später draufzukommen, daß doch nicht alles so läuft, wie man es sich vorgestellt hat. Für uns heißt das aber, daß wir wieder alles händisch errechnen und nebenbei unsere Ergebnisse mit den vom Computer gelieferten Zahlen vergleichen müssen.

Das war aber der Punkt, an dem es den Leuten aus meiner Gruppe und auch mir zuviel wurde. Nicht nur, daß uns vom stundenlangen Kontrollieren schon die Zahlen vor den Augen verschwimmen; nicht nur, daß wir ein halbes Jahr fast umsonst kontrolliert haben, weil auf unsere Meinung sowieso gepfiffen wurde; nicht nur, daß uns von Tag zu Tag klarer wurde, daß der Computer uns in einiger Zeit überflüssig machen wird, sollten wir jetzt auch noch mehr arbeiten – und das auch noch umsonst.

Wir kamen zu dem Entschluß, daß es das mindeste sei, daß man uns wieder Überstunden bezahlt. Wir waren uns dabei bewußt, daß bezahlte Überstunden kein Allheilmittel sind. Aber mehr zu erreichen, schien uns zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Auch waren wir darauf gefaßt, daß die Durchsetzung unserer Forderung nicht so leicht zu bewerkstelligen sein würde, wo doch „gespart" werden müßte. Doch wir waren der festen Meinung, daß nicht auf unsere Kosten gespart werden darf.

Wir sprachen zuerst mit dem für uns zuständigen Gewerkschaftler. Der erklärte sich aber für diese Sache „nicht zuständig" und schickte uns allein zum Chef. Diesem blieb auf Grund der Situation und unseres Kampfwillens nichts anderes übrig, als ein Gesuch weiterzuleiten. Auch die dann durchgeführten Schikanen (mehrmalige Kontrollen, ob wir auch wirklich so viel zu arbeiten hätten, wurden von mehreren höheren Beamten durchgeführt, von denen einer allein sicherlich doppelt soviel verdient wie ich), konnten unser Zusammenstehen und unserer festen Überzeugung, für etwas Richtiges einzutreten, nichts anhaben. Und wir konnten schließlich unsere Forderung durchsetzen.

Es wird für uns auch in Hinkunft notwendig sein, zusammenzuhalten. An unseren Chef wurde nämlich von oben schon die Anfrage gerichtet, wieviele Leute denn durch das Umsteigen auf den größeren Computer eingespart werden können. •